

Die Linke Kreisverband Harburg-Land

Samtgemeinde Tostedt
Herrn Samtgemeindebürger-
meister
Dr. Peter Dörsam
Schützenstr. 24
21255 Tostedt

Stephan Ebel
Kreisvorsitzender
Zu den Fischteichen 1
21256 Handeloh

Telefon: 0175-6880510
stephanebel@t-online.de

Handeloh den 13. Februar 2024

Antrag zur Unterzeichnung der Trierer Erklärung

Zur Beratung im Samtgemeindeausschuß und Samtgemeinderat

Sehr geehrter Herr Dr. Dörsam,

ich stelle folgenden Antrag:

Der Samtgemeinderat möge beschließen, dass sich die Samtgemeinde Tostedt der Trierer Erklärung des deutschen Städtetages anschließt.

Die Erklärung im Wortlaut befindet sich im Anhang.

Begründung:

In Zeiten des aufkommenden Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit ist jedes Zeichen und Bekenntnis zu unserem Grundgesetz mit all seinen Werten notwendig.

Mit solidarischen Grüßen

Stephan Ebel

18.01.2024

Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.